

Volks-Zeitung

Abendblätter: Die Reichsliste, Berlin-Steinitz

Abendblätter 0,50	Strom Licht und Kraft	0,42
Abendblätter 0,00	Gas 0,21
Abendblätter 0,00	Telefon 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15
Abendblätter 0,00	Telegraph 0,15

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Wild und Geflügel reichlich, nur Hochwild u. Rehe schwach. Preise teilw. nachgebend.	
Hühner 1,00-1,20, Rotwild 0,50 bis 1,00, Kanarienvogel 0,60-2,00, Schwarzgans 0,30-0,50 das Pfund, Schwäne schmal 0,40-0,50 d. Pfd. Eier das Stück 0,14-0,16, Kartoffeln 10 Pfund 0,38-0,42	

Trud und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin

Strassabahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03
Stadtbahn 0,12	Prakt. Ort 0,00, Fern u. Ost 0,03

Schnelldienst

Der preisliche Anstieg hat mit 200 neuen 102 Stimmen die Kammer des Reichstages heuer befristet und damit den Einbruch des Staatsrates erleichtert.

Die parlamentarische Regierung hat die Kammer zur Erneuerung des Reichstages zum nächsten Sonntag einberufen.

Die Kammer wird am Sonntag um 10 Uhr in der Kammer des Reichstages in Berlin zusammenkommen.

Poincarés Verzweiflungskampf

Die Zusammensetzung der Opposition im Senat - Die Mehrheit der Regierung schrumpft zusammen - Freiwilliger Rücktritt oder „Sturz in offener Feldschlacht“

Paris, 22. Februar. (A. B.) Für den Vorschlag des Senats, der für den Entwurf der abgetretenen Rechte bei den Kammerwahlen eintritt, stimmten 124 Senatoren der demokratischen Fraktion, also 124 Radikale, ferner 7 Mitglieder der republikanischen Union, 1 Mitglied der Rechten und 2 Fraktionlose; 19 Senatoren waren bei der Abstimmung nicht zugegen. 9 haben sich der Stimme enthalten, darunter Leon Bourgeois.

Mit Poincarés Stellung nach dem gescheiterten Abstimmungsversuch im Senat nach halbherzig. Seine Freunde weisen auf die energische Opposition hin, auf die das Wahlergebnis von vornherein im Senat zu rechnen hatte. Es sei unter diesen Umständen überhaupt ein Wunder gewesen, daß eine Mehrheit erzielt worden sei. Die radikalen Gegner dagegen rufen laut: „Entzweiung!“ Und in der Tat ist Poincarés Rolle entzweit. Was erwartet er von der Aufnahme des Grundgesetzes und des Sparprogramms im Senat, wenn schon das Wahlergebnis so unzureichend reagiert wurde? Der Mann, der vor wenigen Monaten noch wie ein Titan hertrat, hat den Ruhm der Unbesieglbarkeit verloren. Der Windsturm ist fort, die Pflanzgefäße sind verwirrt. Jeder kleine parlamentarische Kraxler fällt in Mißtrauensvoten zum Nichten an ihm. Der Senat und die neue Orientierung der englischen Politik haben vielen seiner unbedingten Anhänger die Augen geöffnet für die Tiefe des Abgrundes an dessen Rand er stand. Er ist nicht mehr der Herrscher über die Nation, er ist ein Mann, wie ihn eine Mehrheit von 16 Stimmen? Vielleicht wird er dennoch nicht weichen, will er das Ende in offener parlamentarischer Feldschlacht suchen. Aber in diesem Falle selbst wird es ihm nicht vergönnt sein, gleichsam an der Spitze seiner Truppen zu fallen. Denn längst ist die Krone seiner Getreuen durch Teilnahmen erloschen und in seiner Schicksalsunde wird der verlebendete Führer erkennen, daß er schließlich — seit langem allein war ...

Deutschlands Umstellung

Politik ohne Hinterhält - Geistige Abklärung

Die Reparationskommission hat auf ihre Berichte hinreichend der Einwirkungen MacDonalds gewirkt. Präsident Goebbels hat dem Senat die Erneuerung des Generals Charles ...

Die parlamentarische Regierung hat die Kammer zur Erneuerung des Reichstages zum nächsten Sonntag einberufen.

Die Kammer wird am Sonntag um 10 Uhr in der Kammer des Reichstages in Berlin zusammenkommen.

„Le Nouveau“, die von einer Zufallsmehrheit spricht, sagt, 24 Stunden lang bei offener Seite immer wieder erklärt worden. Poincarés habe die Vertrauensfrage gestellt, doch er sei in die Notwendigkeit vertrieben, nicht allein über die Arbeitsverhältnisse, sondern auch über die allgemeine Politik des Kabinetts abzustimmen. Poincarés Prestige erleide das Schicksal des berühmten Chagrinsieders von Balzac, es schwinde nach jeder Debatte mehr zusammen. Was man Poincaré geben könne habe, sei ein Vertrauensvotum, sondern ein Aufbruch.

Zu der gestrigen Debatte des Senats schreibt „Gaulois“: 16 Stimmen (von 10 bis 25) sind, bedeutet aber eine beträchtliche Zahl, wenn man sich erinnert, daß von 27 Mitgliedern der Wahlrechtskommission des Senats 10 sich als unbedingte Anhänger der Arbeitsverhältnisse erklärt haben. Die Regierung habe also einen Erfolg bemerkt, der nicht betrüblich sei, als ihr Gegner mit der größten Enttäuschung gefüllt hätte.

Vor der großen politischen Reichstagsdebatte

Dr. Stresemann spricht zur Außenpolitik - Die Änderungsanträge der Sozialdemokratie

Der Referendationsausschuss weiter gegen jede Wahlreform

Vor der heutigen Plenarsitzung des Reichstages, die um 1 Uhr ihren Anfang nimmt, trat der Referendationsausschuss des Reichstages zur Beratung der politischen Debatte folgendes Tagesprogramm auf. Nach einstündiger Sitzung wird beschloffen, morgen und Montag (Mittwoch) zu sassen.

Am Dienstag soll dann die große politische Aussprache mit einer Rede des Reichstagspräsidenten eröffnet werden. Nach dieser Rede soll ohne Unterbrechung die politische Debatte folgen. Im Referendationsausschuss sprach man insbesondere über die Frage der politischen Reformen. Die Sozialdemokraten sprachen über die Frage der Wahlreform, die Sozialdemokraten sprachen über die Frage der Wahlreform. Die Sozialdemokraten sprachen über die Frage der Wahlreform.

herrsche bei allen Parteien Uebereinstimmung darüber, daß Wahlreform nicht mehr von dem alten Reichstag erlassen werden solle. Dabei einigten sich jedoch die Vertreter der demokratischen Fraktion einer Forderung zu dieser Frage. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist von rechtsliberaler Seite die Nachricht verbreitet worden, daß Reichstagspräsident Dr. Stresemann beschließen, die Revision des Reichstages bis zum Zusammenbruch hinauszuziehen. Wie wir dazu von unparteiischer Seite erfahren, ist an dieser Meldung kein wahres Wort. Das Reichstagsparlament hat sich mit solchen Ermutigungen überhaupt nicht beschäftigt. Wie wir weiter hören, ist von demokratischer Seite keine beim Reichstagspräsidenten angekündigt worden, zu welchem Termin die Revision zum Reichstag stattfinden sollen.

Die Fraktionen der Demokraten des Zentrums und der Deutschen Demokraten traten heute vormittag erneut zu Sitzungen zusammen, in denen sie sich mit der politischen Lage beschäftigten.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung wird der Reichstagspräsident Dr. Stresemann das Wort ergreifen, um sich zu den Verhältnissen in der Welt zu äußern.

Reichstagspräsident Dr. Stresemann ist heute von seiner Partei keine noch keine Unterstützung zu erwarten.

Dr. Stresemann sprach zur Außenpolitik - Die Änderungsanträge der Sozialdemokratie

Der Referendationsausschuss weiter gegen jede Wahlreform

Vor der heutigen Plenarsitzung des Reichstages, die um 1 Uhr ihren Anfang nimmt, trat der Referendationsausschuss des Reichstages zur Beratung der politischen Debatte folgendes Tagesprogramm auf. Nach einstündiger Sitzung wird beschloffen, morgen und Montag (Mittwoch) zu sassen.

Am Dienstag soll dann die große politische Aussprache mit einer Rede des Reichstagspräsidenten eröffnet werden. Nach dieser Rede soll ohne Unterbrechung die politische Debatte folgen. Im Referendationsausschuss sprach man insbesondere über die Frage der politischen Reformen. Die Sozialdemokraten sprachen über die Frage der Wahlreform, die Sozialdemokraten sprachen über die Frage der Wahlreform.

werden. Rufen tut so etwas doch nicht, und schaden ungeben.

Deutschland kann auf die englische Politik nur hoffen, wenn es verheißt, sich auf die neue Situation einzustellen, und zwar ohne Hinterhält, weil nur damit MacDonalds gedient werden kann. In diesem Zusammenhang müßte man auch die Frage erörtern, ob nicht gerade wegen außenpolitischer Verhältnisse der Bildung eines Kabinetts der großen Koalition näherzutreten wäre, um das Vertrauen der Sozialdemokraten zum Wapen des neuen Kabinetts in Deutschland zu nehmen. Eine solche Veranlassung wäre natürlich viel wichtiger, als die Erneuerung eines Sozialisten auf den Bolschewikertypen in London, wo jetzt mehr wie je das beste Pferd aus dem Stall des Auswärtigen Amtes hingehört. Vor einem Kabinettswechsel müßte man sich jedoch nicht durch Einstellung von rechtsradikalen Elementen in die Diplomatie des Reichstages erwecken, als ob man eine andere Welt in London herbeiführen könnte. Ein solcher Schritt wäre aber die Enttarnung Heffers oder Rosenbergs nach A n g o r a . Die Namen dieser beiden Männer sind nun einmal mit dem mehr als positiven Widerstand im Wahlgebiet verknüpft und

eine Reaktivierung würde in der gesamten Welt als Verheugung nach rechts aufgefaßt werden.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die rücksichtlose Ausnutzung der Konjunktur, wie es die deutsche Schwerindustrie durch Lohnverfälschung und Arbeitsveränderung betreibt, international nicht günstig wirken kann. Auch in dieser Beziehung wäre ein Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinetts nur von Vorteil, weil dadurch der Zeit der Arbeitslosigkeit, der nicht für den Kampf, sondern für den Kampf mit den Arbeitnehmern ist, gekürzt würde. Es richtig ist, daß Deutschland bei seiner unilluminierten Unmündigkeit in politischen Kampf sich stark zurückhalten muß, so falsch wäre es, auf jegliche Politik zu verzichten. Nur muß der Kampf rein und geistigen Waffen geführt werden. Dazu ist es aber nötig, daß sich die Deutschen selbst das nötige Material anschaffen, bevor sie in das internationale Gefüge eingreifen.

Die Lage der Sozialdemokratie. Auf der Lage der Sozialdemokratie in Deutschland, die Geschichte, die innerhalb der freien Gewerkschaften bestehen, auf ihr Verhältnis zueinander. Die Opposition bezieht u. a. auf den Rücktritt der Mitglieder.

